

Zentralschweiz am Sonntag; 19. Dezember 2010;

Luzerner Zeitung

Schweiz

Cyberkriminalität

Bekämpfung des Cyberwar soll zur Chefsache werden

Die CVP eröffnet den Kampf gegen Kriminalität im Internet. Vor allem der Schutz der Kinder steht im Zentrum.

adm. Seit längerem hat die CVP die Kriminalität im Internet im Visier. Jetzt legt sie noch einmal zu und lanciert ein Bündel von Vorstössen, um der verschiedenen Probleme endlich Herr zu werden. «Wir verfolgen eine Gesamtstrategie im Kampf gegen Auswüchse im Cybernetz», sagt CVP-Präsident Christophe Darbellay gegenüber unserer Zeitung.

Mehr Personal für Behörden

Die CVP sei eine Familienpartei. Deswegen liege ihm und der ganzen Partei insbesondere das Wohl der Kinder am Herzen. Mittels Motionen fordert er deshalb persönlich, dass der Bund den Personalbestand bei der Kobik, dem Organ des Bundes im Kampf gegen Kinderpornografie, verdoppelt werde. Heute umfasst die Einheit des Bundes rund sieben Vollzeitstellen, neu sollen es doppelt so viele sein. Von Bundesrätin Simonetta Sommaruga verlangt Darbellay, dass sie den Kampf gegen Internetkriminalität «zur Chefsache macht».

Flankiert werden die Forderungen des Parteipräsidenten durch Vorstösse von Barbara Schmid-Federer (Zürich), die den neuen Straftatbestand des «digitalen Hausfriedensbruchs» verlangt, um künftig einfacher gegen Hacker vorgehen zu können. Viola Amherd (CVP, Wallis) verlangt ausserdem, dass sich die Schweiz bei der UNO einsetzt, damit dort eine Resolution zur Bekämpfung des virtuellen Kindsmisbrauchs vorgelegt wird.

Konzept für digitale Sicherheit

Mittels Postulat verlangt Darbellay ausserdem, dass der Bund ein eigentliches Konzept zum Schutz der «digitalen Infrastruktur» vorlegt. Darbellay: «Energieversorgung, Strom, Zahlungsverkehr oder das Gesundheitswesen sind extrem vom der EDV-Sicherheit abhängig», begründet der CVP-Präsident sein Anliegen. In der Schweiz würden die daraus entstehenden Gefahren massiv unterschätzt. Darbellay: «Die Schweiz könnte während Wochen mit wenigen Cyberattacken faktisch stillgelegt werden.»

In die gleiche Richtung zielt schliesslich ein Postulat von Jakob Büchler (CVP, St. Gallen). Er verlangt, dass der Bundesrat den Sicherheitspolitischen Bericht um ein Kapitel Cyberwar ergänzt. Zudem

müsse der Bund Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung bestehender und künftiger Bedrohungen «cyberterroristischer Organisationen vorlegen».